

Direkt aus den Parteien

POLITIK Kommende Woche tagt der Luzerner Kantonsrat. Die Parteien geben Einblick in Geschäfte, die ihnen besonders am Herzen liegen.

nus. An der Session vom Montag und Dienstag steht eine Frage im Zentrum: Schafft es der Kantonsrat, ein Budget zu verabschieden (Ausgabe von gestern)? Darf man den Aussagen von Exponenten der bürgerlichen Parteien CVP, SVP und FDP glauben, wird Luzern

2015 ein Budget haben. Abgelehnt wird der Voranschlag von SP und Grünen. Die GLP macht ihre Zustimmung vom Verlauf der Debatte abhängig.

Traktandiert sind zudem Vorstösse – und Wahlen. Bestimmt werden der Kantonsratspräsident, der Vizepräsident

sowie der Regierungspräsident und der Vizepräsident der Regierung.

HINWEIS

Die Sitzungen des Kantonsrats (Luzern, Bahnhofstrasse 15) sind öffentlich. Mo: 10 bis 12.30 und 14 bis 18 Uhr. Di: 9 bis 12 und 14 bis 16.45 Uhr.

Sparen ja, aber am richtigen Ort

Das Budget 2015 sah vor, dass die Institutionen im Behindertenbereich in einem Jahr pauschal 5 Prozent ihres Aufwandes sparen müssen. Hand aufs Herz: Welches private Unternehmen kann in einem Jahr 5 Prozent seines Aufwands ohne Leistungseinschränkung schlucken? Die CVP macht sich daher dafür stark, dass diese Kürzung nur um die Hälfte, also 2,5 Prozent, vorgenommen wird.

Die CVP befürwortet das Budget 2015 mit dieser einzigen Anpassung. Sie stellte diese Forderung bereits in der letzten Session im Rahmen des Spar-

pakets «Leistungen und Strukturen 2» und hält damit Wort.

Für die CVP war stets klar: Das Fach Religion und Ethik an der Oberstufe der Kantonsschulen soll nicht abgeschafft werden. In Zeiten zunehmender religiöser Spannungen soll der Kanton Luzern diesen Trumpf nicht aufgeben und das Fach weiterhin anbieten. Eine Abschaffung wäre derzeit ein denkbar schlechtes Signal.

Ebenfalls setzt sich die CVP dafür ein, dass der öffentliche Verkehr nicht unter die Räder kommt. Das grosse Verkehrs-



Peter Zurkirchen, Kantonsrat CVP, Schwarzenberg

wachstum ruft nach weiteren Investitionen beim Strassenverkehr und dem öffentlichen Verkehr. Ein Abbau verträgt sich schlecht mit dem Ziel, dass Luzern auch weiterhin auf der Strasse und auf der Schiene erreichbar bleiben muss. Die CVP wird diese beiden Anliegen beim Finanzplan für die nächsten Jahre einbringen.

Finanzpaket ist gescheitert

Der Regierungsrat wollte Finanzplanung und Budget mit einem Paket «Leistungen und Strukturen 2» aufgleisen, damit dem Parlament im November eine gesetzeskonforme Botschaft zum Budget präsentiert werden kann. Das Paket ist jedoch ein Rohrkrepierer. Die Vorgaben des Parlamentes vom letzten Jahr wurden in den Wind geschlagen. Anstatt wirksame Sparanstrengungen bei den eigenen Strukturen zu vollziehen, wurden die Leistungserbringer über Gebühr in die Pflicht genommen. Die Lücke wurde mit verdeckten Steuererhöhungen geschlossen. Dass dies das Parlament so nicht hinnehmen konnte, war offen-

sichtlich. Die Finanzplanung wurde von der vorberatenden Kommission auch deutlich zurückgewiesen.

Durch Anträge in der Planungs- und Finanzkommission wurde das Budget so verschlechtert, dass dieses nicht mehr gesetzeskonform ist. Vorschläge zur Kompensation dagegen wurden nicht eingebracht. Dass die vorberatende Kommission in der Folge das Budget zurückgewiesen hat, ist konsequent.

Es liegt nun am Parlament, ob ein Budget mit einem Defizit von 25,5 Millionen Franken, welches den gesetzlichen Anforderun-



Paul Winiker, Kantonsrat SVP, Kriens

gen nicht entspricht, durchgewunken wird. Die SVP wird Kürzungsanträge zur Wiederherstellung der gesetzlichen Anforderungen stellen, damit der Kanton auch 2015 handlungsfähig ist. Nur bei Annahme dieser Anträge, womit die Gesetzeskonformität erreicht werden soll, wird die SVP-Fraktion dem Budget zustimmen.

Ja zum Budget – aber bitte gesetzeskonform

Nachdem der Kantonsrat die Massnahmen zur Wiederherstellung eines gesunden Haushalts (Projekt Leistungen & Strukturen 2) zurechtgestutzt hat, liegt ein Budget mit einem Defizit von 25,5 Millionen Franken vor. Um die im Gesetz festgeschriebene Schuldenbremse einhalten zu können, fehlen uns nun aber noch rund 1,3 Millionen.

Für die FDP steht fest, dass sie den Kanton mit einem Budget ins neue Jahr entlassen will. Sie will aber auch Gesetze befolgen. Das ist nur möglich, wenn wir die Schuldenbremse einhal-

ten und die 1,2 Millionen einsparen. Angesichts eines Gesamtaufwandes von rund 3,5 Milliarden muss dies möglich sein. Darin besteht die einzige Möglichkeit, dass wir mit einem gesetzeskonformen Budget dastehen. Die FDP leistet ihren Beitrag und schlägt deshalb mit einem Antrag vor, die 1,3 Millionen beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand einzusparen. Aufwände, wie beispielsweise Druckerzeugnisse, sind endlich auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Gesetze sind nun mal dazu da, sie einzuhalten. Die Schul-



Damian Hunkeler, Kantonsrat FDP, Luzern

denbremse einfach für einmal auszuhebeln, wie dies andere Parteivertreter anstreben, ist reine Willkür. Der Kantonsrat geht mit schlechtem Vorbild voran, wenn er als gesetzgeberisches Organ nun sogar selber Gesetze bricht. Zweitens widerspricht ein solches Verhalten jeglicher finanzpolitischer Weitsicht. Das Problem wird lediglich auf die lange Bank geschoben. Nach wie vor wachsen unsere Ausgaben. Unser Kanton spart sich nicht zu Tode. Schliesslich aber gilt, was für jeden Privathaushalt auch gilt: Einnahmen und Ausgaben müssen im Lot sein.

Zu wenig Steuern – Allgemeinheit muss bluten

Die Politik der Bürgerlichen ist widersprüchlich: Unter dem Jahr genehmigen sie fundierte Berichte, welche den notwendigen Handlungs- und den damit verbundenen Finanzbedarf des Kantons Luzern aufzeigen. Kaum kommt die Budgetdebatte, sparen sie extrem und zwar beliebig und mittlerweile dort, wo gerade noch Geld entzogen werden kann, ohne geltende Gesetze zu verletzen. Schliesslich zahlt dafür die breite Bevölkerung. Eine Auswahl aus dem Gesundheits- und Sozialbereich:

Wir brauchen familienfreundliche Krankenkassenprämien.

Trotzdem müssen nun nochmals zusätzlich 4 Prozent aller Familien auf eine Verbilligung verzichten. Der Bedarf an Betreuungsplätzen im Behindertenbereich steigt. Das Budget der Behinderteninstitutionen soll aber um 5 Prozent gekürzt, die Anzahl Plätze limitiert und die Institutionen mit älteren behinderten Menschen auf die Pflegeheimliste gesetzt werden. Behinderte Menschen werden weniger betreut, haben allenfalls gar keinen Platz mehr in einer Institution. Behindertenheime auf der Pflegeheimliste heisst: Wir alle bezahlen über die Krankenkassenprämien. In der Ge-



Yvonne Zemp Baumgartner, Kantonsrätin SP, Sursee

sundheitsversorgung wurde der Grundsatz «ambulant vor stationär» festgelegt. Im Budget wird paradoxerweise bei den Tagesplätzen für psychisch kranke Menschen gespart.

Der Kanton Luzern leistet sich die tiefsten Unternehmenssteuern der ganzen Schweiz. Die SP/Juso-Fraktion ist nicht bereit, den Preis dafür zu bezahlen.

Kanton Luzern muss über die Bücher

Die Grünen lehnen das Budget 2015 ab. Auf Kosten von behinderten Menschen soll massiv gespart werden, der öffentliche Verkehr abgebaut statt ausgebaut werden, die Prämienverbilligung wird nochmals gekürzt, und dringende Sanierungen von Kantonsgebäuden werden immer weiter nach hinten geschoben.

Bürgerliche Parteien erhofften sich von der Tiefsteuerstrategie gewaltige Impulse, neue Steuereinnahmen und gesunde Finanzen. Der Regierungsrat versprach im letzten Legislaturprogramm, unser Kanton werde ein Innovationsmotor, habe ein her-

vorragendes Bildungssystem und stehe zum Ziel einer solidarischen Gesellschaft. Und: Der Kanton könne dank der Tiefsteuerstrategie aus einer Position der Stärke handeln.

Wo liegt Luzerns Stärke, wenn nicht mehr investiert werden kann? Wenn auf dem Buckel der Schwächsten gespart wird? Wenn zwar Unternehmen angesiedelt werden, die dazu nötige Infrastruktur aber nicht angeboten werden kann?

Der Kanton Luzern muss über die Bücher gehen. Die Tiefsteuerstrategie geht nicht auf. Die Grünen haben Vorschläge



Michael Töngi, Kantonsrat Grüne, Kriens

gemacht, wie der Kanton mit moderaten Steueranpassungen aus diesem Schlamassel kommen kann. Es liegt an den gemässigten Kräften der bürgerlichen Parteien, diesen Ball aufzunehmen. Leider ist davon nichts zu sehen: Die CVP hangelt sich bis zu den Wahlen mit höchst widersprüchlichen Aussagen durch, und in der FDP hat die Abbaufraktion Oberhand.

Es ist höchste Zeit, dass sich dies ändert.

Bereit, einige Kompromisse mitzutragen

Die Regierung zeigte mit ihrem Gesamtkonzept «Leistungen und Strukturen 2» zum ersten Mal seit Jahren einen Weg auf, wie kurz- und mittelfristig der Haushalt im Lot gehalten werden kann. Darin sind in den nächsten drei Jahren Entlastungen von rund 200 Millionen enthalten. Das Konzept enthielt Mehreinnahmen durch Anpassungen im Steuergesetz und Minderausgaben durch Anpassungen im Leistungsbereich. Ernsthaftige Strukturänderungen wurden aber keine erarbeitet.

In Runde 1 ging es unter anderem um Änderungen im Steuerrecht, welche inhaltlich

mehrheitlich Anlehnungen ans Bundesrecht waren und nationale Abstimmungsresultate des Kantons aufnehmen. Die GLP war die einzige Partei, welche alle Änderungen, zwar schweren Herzens, guthiess. Mit der Ablehnung im Kantonsrat müssen jedoch jährlich weitere 20 Millionen eingespart werden.

Runde 2 startet in der Dezembersession. Der aktuelle Voranschlag 2015 mit einem Defizit von 25,5 Millionen Franken entspricht nicht mehr den Vorgaben der Schuldenbremse. Die GLP hat die starre Ausgestaltung der dualen Schuldenbremse öfters kritisiert. Nun sind die Parteien



Michèle Graber, Fraktionschefin GLP, Udligenswil

in der Verantwortung, welche die Mehrheit im Kantonsrat und in der Regierung haben. Sie müssen Flexibilität zeigen und konkrete mehrheitsfähige Lösungen vorschlagen, damit der Kanton 2015 ein Budget hat. Es ist unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, dass innerhalb von drei Jahren der Kanton zweimal ohne Voranschlag dasteht. Die GLP ist bereit, einige Kompromisse mitzutragen.